

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)**

**zu der Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages
– Drucksache 16/4700 –**

Jahresbericht 2006 (48. Bericht)

A. Problem

Der Wehrbeauftragte hat dem Deutschen Bundestag jährlich aufgrund § 2 Abs. 1 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages zu berichten.

B. Lösung

Einstimmige Kenntnisnahme des Berichts

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. die in dem Bericht enthaltenen Empfehlungen werden – soweit sie nicht bereits erledigt sind – der Bundesregierung zur Prüfung, Erwägung und Beachtung zur Kenntnis gebracht. Die Bundesregierung wird ferner gebeten, den Jahresbericht des Wehrbeauftragten, die Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung dazu und die Ergebnisse der Beratung des Deutschen Bundestages der Truppe zugänglich zu machen;
2. der Deutsche Bundestag dankt dem Wehrbeauftragten und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Arbeit im Berichtsjahr;
3. die Bundesregierung wird gebeten, bis zum 10. Januar 2008 dem Verteidigungsausschuss über Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen zu berichten.

Berlin, den 19. September 2007

Der Verteidigungsausschuss

Ulrike Merten
Vorsitzende

Anita Schäfer (Saalstadt)
Berichterstatte^{rin}

Hedi Wegener
Berichterstatte^{rin}

Elke Hoff
Berichterstatte^{rin}

Paul Schäfer (Köln)
Berichterstatte^r

Winfried Nachtwei
Berichterstatte^r

Bericht der Abgeordneten Anita Schäfer (Saalstadt), Hedi Wegener, Elke Hoff, Paul Schäfer (Köln) und Winfried Nachtwei

I. Zum Beratungsverfahren

Der Wehrbeauftragte hat den nach § 2 Abs. 1 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages zu erstellenden Jahresbericht für das Jahr 2006 am 20. März 2007 vorgelegt.

In der 105. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. Juni 2007 wurde dieser Bericht an den Verteidigungsausschuss gemäß § 114 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages überwiesen.

Der Verteidigungsausschuss hat den Jahresbericht unter Einbeziehung der Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung vom 22. Juni 2007 in seiner 59. Sitzung am 19. September 2007 beraten und der Beschlussempfehlung einstimmig zugestimmt.

II. Aus den Beratungen im Ausschuss

Die Berichterstatterinnen/Berichterstatter aller im Ausschuss vertretenen Fraktionen unterstreichen einvernehmlich auch diesmal die Bedeutung der Institution des Wehrbeauftragten und danken ihm und seinen Mitarbeitern für die im Berichtsjahr geleistete Arbeit.

Die Berichterstatterin der **Fraktion der CDU/CSU** hebt zunächst die wesentlichen Schwerpunkte des Jahresberichts wie Auslandseinsätze, Infrastruktur, Sanitätsdienst sowie die Familienbetreuung hervor. Insbesondere die Bedingungen in den Auslandseinsätzen, wie z. B. die unzureichende Unterbringung von Soldaten des Deutschen Einsatzkontingents EUFOR im Kongo oder auch der Mangel an geschützten Fahrzeugen und Lufttransportkapazitäten bei ISAF in Afghanistan, seien Ursache für zahlreiche Eingaben. Zu begrüßen sei, dass im Entwurf für den Verteidigungshaushalt 2008 der Ansatz für Baumaßnahmen erhöht werde, sodass die Möglichkeit gegeben sei, bauliche und sanitäre Mängel in zahlreichen Truppenunterkünften, insbesondere in den alten Bundesländern, zu beseitigen. Zu Recht habe der Wehrbeauftragte auch auf die Lücken bei der sanitätsdienstlichen Versorgung im Inland, bedingt durch die weiter steigende Einsatzbelastung des Sanitätspersonals durch Auslandseinsätze, hingewiesen. Insbesondere habe auch die Soldaten- und Familienbetreuung einen hohen Stellenwert im Jahresbericht. Es sei festzustellen, dass die Familienbetreuungszentren und Lokalbündnisse wichtige Arbeit für die Fami-

lien leisteten. Dies gelte auch für die Tätigkeit der evangelischen und katholischen Arbeitsgemeinschaften für Soldaten im In- und Ausland.

Die Berichterstatterin der **Fraktion der SPD** würdigt die engagierte Arbeit des Wehrbeauftragten, der in gewissem Sinne auch als das „schlechte Gewissen“ des Verteidigungsausschusses als parlamentarisches Kontrollorgan betrachtet werden könne. Zu Recht habe der Wehrbeauftragte fortbestehende Missstände als Schwerpunkte der Eingaben im Jahresbericht aufgezeigt. Dazu gehörten insbesondere der Zustand der Kasernen im Bereich der Infrastruktur, der Umgang mit den durch Auslandseinsätze bedingten posttraumatischen Störungen, Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Dienst, aber auch die Kritik an zu viel Bürokratie in der Bundeswehr.

Die Berichterstatterin der **Fraktion der FDP** hebt positiv hervor, dass auch dieser Jahresbericht des Wehrbeauftragten wieder allen Fraktionen wertvolle Hinweise für die parlamentarische Arbeit gebe. Durch die Rückmeldungen seitens des Wehrbeauftragten bezüglich festgestellter Mängel werde deutlich, auf welchen Gebieten noch nachgebessert werden müsse. Erfreulich sei insbesondere, dass der Wehrbeauftragte sein Augenmerk auch stets auf die Lage der Bundeswehr in den Einsatzgebieten richte. Gerade die Ausrüstung und der Schutz der Soldaten im Ausland seien von besonderer Wichtigkeit.

Der Berichterstatter der **Fraktion DIE LINKE** schließt an seinen Dank an den Wehrbeauftragten und dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Feststellung an, dass insbesondere die zahlreichen Truppenbesuche des Wehrbeauftragten Gelegenheit zur Feststellung von Missständen gäben. Dazu gehörten insbesondere auch seine Reisen in die Einsatzgebiete. Zu begrüßen sei auch, dass der Wehrbeauftragte einsatzbedingte Personalengpässe im sanitätsdienstlichen Bereich beanstandet habe.

Der Berichterstatter der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betont ergänzend, dass der Wehrbeauftragte zu Recht zahlreiche Infrastrukturmängel festgestellt habe. Neben weiteren bereits genannten Schwerpunkten und Mängeln wolle er auf den besonderen Stellenwert der militärischen Führung hinweisen. Die im Jahresbericht enthaltenen Beispiele von Fehlverhalten machten deutlich, wie wichtig das Führen durch Vorbild sei.

Berlin, den 4. Oktober 2007

Anita Schäfer (Saalstadt)
Berichterstatterin

Hedi Wegener
Berichterstatterin

Elke Hoff
Berichterstatterin

Paul Schäfer (Köln)
Berichterstatter

Winfried Nachtwei
Berichterstatter

